

Gleiche Arbeit, gleicher Lohn

Lohnleichheit wird zwar immer öfter thematisiert – geändert hat sich wenig

VON CORNELIA KRAUSE

ZÜRICH Die Komödie «We Want Sex» erobert das Kinopublikum. Darin geht es weniger um Sex als um Lohnleichheit, die eine Gruppe Näherinnen im England der 60er-Jahre vom US-Konzern Ford einfordert. In der Schweiz werden Frauen beim Lohn kaum willentlich diskriminiert. Trotzdem verdienen sie 2008 gemäss Statistik 19,3 Prozent weniger als ihre Kollegen. Seit Jahren steht das Thema auf der Agenda von Politik und Arbeitnehmerverbänden – viel bewegt hat sich nicht.

Jetzt zeichnet sich eine Wende ab: Ein vom Eidgenössischen Büro für Gleichstellung entwickeltes Computerprogramm, mit dem Firmen die Lohnleichheit kostenlos überprüfen können, wird deutlich mehr genutzt als zuvor. Rund 3700-mal wurde das Programm Logib im vergangenen Jahr heruntergeladen – über viermal mehr als 2009. «Die Downloadzahlen bestätigen, dass das Thema für Firmen wichtiger wird», sagt Sajeela Schmid vom Büro für Gleichstellung. Immer mehr Unternehmen meldeten sich mit telefonischen Nachfragen. Nur wenige Konzerne, etwa der Versicherer Helvetia, und diverse Kantone, Städte und Gemeinden haben sich

öffentlich zur Nutzung bekannt. Das gesteigerte Interesse führt Schmid auf verschiedene Informationsveranstaltungen zurück.

Kräftig Rückenwind erhält Logib aus dem Kanton Bern. Seit Anfang Jahr können Firmen, die sich um öffentliche Aufträge bemühen, die Logib-Ergebnisse ihrer Offerte beilegen. Der Vorteil: Sie müssen keine Stichproben der Behörden fürchten. Denn Lohnleichheit ist im Beschaffungswesen Pflicht – und wird im Kanton Bern beim Beschaffungswesen fortan sporadisch kontrolliert. Viele Firmen hätten sich bereits über das Tool informiert, sagt Barbara Ruf, Leiterin der kantonalen Fachstelle für Gleichstellung. Basel und Genf ziehen das Verfahren in Erwägung. Doch abgesehen vom Beschaffungswesen

hat Logib für die Unternehmen keine verbindlichen Konsequenzen. Anders der Lohnleichheitsdialog, den die Dachverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Bund 2009 starteten: Teilnehmende Unternehmen machen die Ergebnisse der Untersuchung mit Logib oder ähnlichen Programmen gegenüber der Belegschaft publik und haben vier Jahre Zeit, um Lohnunterschieden auszugleichen.

Die öffentliche Hand könnte Druck aufbauen

Die Bilanz sah bislang mager aus – nur sieben Unternehmen entschieden sich für den Dialog, darunter Novartis und die Schweizerische Post. Projektleiter Martin Urech sieht nun aber eine gewisse Dynamik. Rund ein Dut-

zend neue Anfragen hat er erhalten. Im Frühsommer steht eine Evaluierung des Programms an.

Kurz vor Abschluss steht der Drehmaschinenbauer Tornos. Vor den Ergebnissen fürchte man sich nicht, sagt Personalmanager Thierry Bergère. «Bei uns herrscht seit Jahren das Prinzip der Lohnleichheit, und das wollten wir verifizieren.» Für den Lohnleichheitsdialog macht sich neu auch der Kanton St. Gallen stark.

Elisabeth Bosshart, Präsidentin des Berner Clubs der Business and Professional Women (BPW) Switzerland, sieht seitens der Verwaltung Potenzial, etwas zu bewegen. «Die öffentliche Hand kann möglicherweise besser Druck aufbauen.» Auch die Verwaltung stösst allerdings noch an Grenzen. So sollte das Berner Pilotprojekt ursprünglich ein Jahr früher eingeführt werden, die Logib-Prüfung obligatorisch sein. Doch ein Vorstoss von zwei Grossräten entschärfte und verzögerte das Vorhaben. «Bundesrat Johann Schneider-Ammann sollte mit seiner bisherigen Firma den Lohnleichheitsdialog beginnen und Vorbildfunktion einnehmen», fordert sie. Das Happy End mit gleichem Lohn für Männer und Frauen dauert länger als die 113 Minuten auf der Leinwand.

Eine Frau fordert Lohnleichheit: Szene aus dem Film «We Want Sex»

